

Wissen allein genügt nicht: Die Nutzung von politikberatenden Institutionen während der Corona- Pandemie im Vergleich

Andreas Busch

Bereits zu Anfang der Corona-Pandemie wurde für Bürgerinnen die Nutzung politikberatender Institutionen ersichtlich, die sonst eher abseits der Öffentlichkeit stattfindet und häufig nur im Zusammenhang mit Skandalen breit thematisiert wird. Als Kanzlerin Merkel, Gesundheitsminister Spahn und der Präsident des Robert-Koch Instituts Wierl ~~gemeinsam~~ vor die Presse traten war klar: Die Politik ist beim Managen der Pandemie auf politikberatende Institutionen wie das RKI und deren Fachwissen angewiesen. Denn den Politikerinnen selbst fehlt die nötige Expertise, um in der Pandemie gute Politikergebnisse zu erzielen. Dabei speist sich die Resilienz von Demokratien aus einer Kombination von politischen *input*- und *output*-Faktoren. Die Nutzung von politikberatemem Wissen zur Bewältigung der Pandemie, um die es in diesem Beitrag geht, vereinigt beide Aspekte *in sich*.

am 11. März 2020

Die Wichtigkeit von Wissen als *input*-Faktor im Politikprozess wächst seit langem. Gründe dafür sind unter anderem die beständige Ausweitung von Staatsfunktionen (vor allem in den Bereichen Sozialstaat und regulativer Staat), die zunehmende Komplexität von Politik durch internationale Verflechtung sowie die wachsende Spezialisierung von Wissenschaft (Weingart 2019). Gerade im Fall einer Pandemie ist es offenkundig, dass politische Entscheidungsträger ~~innen~~ auf medizinisches, virologisches und epidemiologisches Fachwissen angewiesen sind, wenn sie bestmögliche Entscheidungen treffen wollen.

(Bitte streichen)

Das Ausmaß an Politikberatung hat in den letzten Jahrzehnten zwar zugenommen, aber das Verhältnis zwischen den gesellschaftlichen Teilsystemen Politik und Wissenschaft (das für eine sinnvolle wissenschaftliche Politikberatung essentiell ist) ist mitnichten einfach; zudem unterliegt es politischen Aufmerksamkeitszyklen über die Zeit (Busch 2011). Auch gibt es unterschiedliche Traditionen und die Institutionalisierungen der Beratung der Exekutive variieren erheblich zwischen Staaten (Falk et al. 2019).

Allgemein ist zu sagen, dass für gelingende Politikberatung Elemente des Angebots wie der Nachfrage zu Deckung gebracht werden müssen. Das heißt: Zum einen muss ein kompetentes und vermittlungsfähiges Wissensangebot existieren, zum anderen muss es auf der Seite der politischen Kernexekutive die Bereitschaft geben, ein solches Angebot nachzufragen und in die eigenen Entscheidungen einfließen zu lassen. Denn ein gutes Beratungsangebot nutzt wenig, wenn die Bereitschaft zum Beraten werden nicht vorhanden ist. Es ist zudem darauf angewiesen, dass die organisatorische Fähigkeit zur Umsetzung der Ratschläge besteht.

n-
(Bitte streichen)

(Bitte kursiv setzen)

Die untersuchten Fälle: Ähnlichkeiten und Unterschiede

Im Folgenden werden mit der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten drei hochentwickelte, mit wissenschaftlicher Politikberatung seit langem vertraute Systeme verglichen, die deutlich unterschiedliche Erfolge bei der Handhabung der Corona-Pandemie aufweisen.¹ Selbstverständlich ist die Bewältigung dieses Geschehens hoch komplex und von einer Vielzahl beeinflussender Variablen abhängig, von denen hier mit der Nutzung von Wissen nur ein Aspekt betrachtet wird. Dennoch ist die Frage interessant, inwieweit Unterschiede in der Handhabung wissenschaftlicher Beratung einen Beitrag zur Erklärung der erheblichen Unterschiede hinsichtlich der Pandemiebewältigung leisten können.

Keines der drei Länder wurde von der Pandemie unvorbereitet getroffen – in allen hatte es in den letzten Jahren entsprechende Planspiele und Simulationen zur Vorbereitung der Verwaltung gegeben. Dennoch wurde ebenfalls überall zu Beginn der Pandemie deutlich, dass die tatsächlichen Vorbereitungen (etwa die Vorratshaltung von Schutzkleidung, Atemschutzmasken und Intensivbetten mit Beatmungskapazität) den Planungen nicht zur Gänze entsprachen.

zuvor

Deutliche Unterschiede gibt es zwischen den drei Ländern allerdings in der Handhabung der Pandemie (auf die hier aus Platzgründen nicht näher eingegangen werden kann) und vor allem hinsichtlich des Erfolgsindikators, an dem ein politisches System angesichts seiner Aufgabe, die Bevölke-

¹ Alle Zahlenangaben und Einschätzungen in diesem Aufsatz beziehen sich auf Anfang September 2020.

rung zu schützen, letztlich gemessen werden muss: der Zahl der Todesfälle pro 100.000 Einwohner. Tabelle 1 zeigt, dass es bei den hier betrachteten 22 OECD-Ländern drastische Variationen gibt, mit Gesamtdifferenzen um den Faktor 100, innerhalb Europas um den Faktor 40 und selbst zwischen benachbarten Ländern (Portugal und Spanien) fast um den Faktor 4.

<i>Land</i>	<i>Tote pro 100.000 Einwohner</i>
Belgien	87,04
Großbritannien	62,15
Spanien	61,44
Italien	58,78
Schweden	56,55
Vereinigte Staaten	54,38
Frankreich	45,55
Irland	35,96
Niederlande	35,96
Kanada	24,30
Schweiz	23,35
Portugal	17,58
Deutschland	11,16
Dänemark	10,71
Österreich	8,26
Finnland	6,07
Norwegen	4,94
Griechenland	2,27
Australien	2,16
Japan	0,97
Südkorea	0,60
Neuseeland	0,45

Tabelle 1: Covid-19-Tote pro 100.000 Einwohner (Stand: 26.8.2020)

Quelle: Eigene Berechnungen des Autors nach Daten der Johns Hopkins University sowie der OECD

Ob Unterschiede in der Handhabung des Faktors Wissen einen Beitrag zur Erklärung der drastischen Unterschiede bei den Ergebnissen der Corona-Pandemie leisten können, ist daher eine spannende Frage.

Großbritannien: geschlossenes Beratungssystem, späte Reaktion, geringer Steuerungserfolg

Großbritannien hat unter den hier betrachteten Ländern wohl das am deutlichsten strukturierte Beratungssystem. Mit den klangvollen Positionen eines *Government Chief Scientific Adviser* und eines *Chief Medical Officer* verfügt es über hochrangig in der zentralen Verwaltung des Staates angesiedelte Expertinnen, deren hauptamtliche Aufgabe die Beratung der Regierung ist (vgl. Government Office for Science 2020). Der *Chief Scientific Adviser* sitzt der *Scientific Advisory Group for Emergencies* (SAGE) vor, der offiziellen Beratungsgruppe der Regierung für Notlagen, die mit ~~Expertinnen~~ aus Universitäten, Industrie und Verwaltung besetzt ist. Weitere Expertengruppen wie die *Scientific Pandemic Influenza Group on Modelling* (SPI-M) und die *New and Emerging Respiratory Virus Threats Advisory Group* (NERVTAG) berichten ihrerseits an SAGE.

und Experten

Fachleuten

Wie es für die britische Verwaltungstradition typisch ist, waren die Beratungsprotokolle und sogar die Zusammensetzung vieler dieser Gruppen nicht öffentlich. Lediglich die Ergebnisse ihrer Beratungen wurden veröffentlicht.² So stufte NERVTAG bei einem Treffen am 13. Januar 2020 die Risikolage als »very low« ein – drei Tage, nachdem in Großbritannien ein Test auf das Corona-Virus entwickelt worden war. Am 21. Januar wurde die Bewertung auf »low« erhöht und am 30. Januar auf »moderate«, was am 21. Februar bestätigt wurde – drei Wochen, nachdem die ersten Infektionen in Großbritannien aufgetreten waren und am selben Tag, als in Italien der erste Covid-19-Todesfall eintrat.

h

Das führende wissenschaftliche Gremium reagierte also eher zögerlich auf die Bedrohung; die Reaktion von politischer Seite war allerdings noch zögerlicher. Premierminister Johnson nahm an mehreren Sitzungen des zentralen Krisenstabs (COBRA-Meetings) nicht teil – das Thema hatte niedrige Priorität, jedenfalls verglichen mit dem am 31. Januar vollzogenen EU-Austritt Großbritanniens, mit dem ein seit vier Jahren die britische Politik dominierender Prozess zu einem vorläufigen Ende gekommen war. Auch Anfang März spielte er in einer Pressekonferenz das Thema noch herunter, indem er mitteilte, dass er bei einem Besuch in einem Krankenhaus mit Infizierten »allen die Hand gegeben [habe] und das auch weiterhin tun werde.« Verglichen mit anderen europäischen Ländern wurden in Großbritannien Sperr-

² Erst im Verlauf der Pandemie entschied man sich für mehr Transparenz.

und Schließungsmaßnahmen (von Großveranstaltungen über Schulen bis hin zu Restaurants und Geschäften) erst markant später ergriffen (vgl. auch Busch 2020).

Premierminister Johnson (der sich Ende März selbst infizierte und im April sogar mehrere Tage auf der Intensivstation eines Krankenhauses verbringen musste) betonte in seinen Stellungnahmen zur Corona-Pandemie häufig, die Regierung folge mit ihren Maßnahmen stets wissenschaftlichem Rat. In Großbritannien war dieser durch ein geschlossenes System und wenig Offenheit gekennzeichnet – was Anfang Mai zur Gründung eines »Gegengremiums« (des *Independent SAGE Committee*) auf Initiative des früheren *Chief Scientific Advisers* Sir David King führte (Davis 2020).³

Direkter Zugang eines kleinen Beraterinnenkreises zum Entscheidungszentrum und Abgeschlossenheit gegenüber Nichtmitgliedern erleichterten eine gemeinsame Lageeinschätzung, trugen jedoch auch zu verspäteten Reaktionen des Zentralstaats bei, an dessen Ende mit 41.000 Covid-19-Toten kaum von einem Erfolg gesprochen werden kann.

ungs

USA: bewährte Beratungsstruktur, weitgehend ignoriert, fehlgeschlagene Eindämmung, Politisierung

Das amerikanische Regierungssystem verfügt mit den *Centers for Disease Control and Prevention* (CDC) und dem *National Institute of Allergy and Infectious Diseases* (NIAID – einem von 27 konstituierenden Teilen der *National Institutes of Health*) auf Bundesebene über etablierte und hervorragend qualifizierte Institutionen im Bereich *Public Health*.⁴ Zudem hatte die Administration sich, ausgelöst durch den Ebola-Ausbruch in Westafrika 2014 bis 2016 intensiv mit der (seinerzeit schließlich erfolgreichen) Eindämmung von gefährlichen Infektionskrankheiten befasst und dazu eine Reihe von Maßnahmen empfohlen.⁴ Während des Übergangs zur Regierung Trump veranstaltete die Obama-Administration im Januar 2017 eigens ein ausführliches Planspiel, um ihr Wissen weiterzugeben.⁵

h

3 Die Sitzungen der Gruppe wurden live auf YouTube übertragen, um Transparenz zu ermöglichen.

maximale

4 Als Beispiel: Konyndyk (2019).

5 Im Frühjahr 2020 waren allerdings fast alle damaligen Teilnehmerinnen der Trump-Administration entweder zurückgetreten oder entlassen, sodass das meiste Wissen wohl

und Teilnehmer

Die Einschätzung der Vorbereitung der USA für eine Pandemie wurde vom »Global Health Security Index« als ausgezeichnet bewertet – das Land erhielt sowohl in der Gesamtbewertung wie in den meisten Teildisziplinen den Spitzenplatz (Center for Health Security/The Economist Intelligence Unit 2019). Gleichzeitig machte allerdings die von der Regierung Trump im Herbst 2019 durchgeführte Übung *Crimson Contagion* (mit der die Reaktion auf einen aus China eingeschleppten Atemwegs-Virus simuliert wurde) Knappheiten bei der Versorgung mit Schutzkleidung und Beatmungsmaschinen deutlich (Sanger et al. 2020).

Entscheidungen der Regierung schränkten jedoch die Funktionsfähigkeit des Beratungs- und Bewältigungssystems stark ein. So wurde im Februar 2018 der *Prevention and Public Health Fund* beim CDC um 1,35 Milliarden Dollar gekürzt, im Mai 2018 die Abteilung *Global Health Security* des *National Security Council* aufgelöst und im Oktober 2019 das Programm zur frühzeitigen Entdeckung gefährlicher Viren (PREDICT) beendet (McNeil 2019). Die Ende Januar 2020 eingesetzte *White House Coronavirus Task Force* (unter Leitung von Vizepräsident Pence) umfasste zwar zahlreiche hochrangige Regierungs- und Behördenvertreterinnen, doch wurde die Reaktion der Regierung vor allem durch die Auftritte von Präsident Trump geprägt, dessen oft kontroverse Aussagen über die Bekämpfung der Pandemie zwischen Mitte März und Ende April die täglichen Pressekonferenzen dominierten. Dass NIAID-Direktor Anthony Fauci Anfang Juli 2020 berichtete, er habe den Präsidenten seit mindestens zwei Monaten nicht gebrieft, deutet auf geringes Interesse des Präsidenten gegenüber wissenschaftlichem Rat hin (Kuchler 2020).

Eine etablierte und wahrscheinlich weltweit führende Infrastruktur zur Bekämpfung von Pandemien wurde in den USA also von der politischen Führung wenig genutzt. Die hohe politische Polarisierung sowie ein gewachsenes Misstrauen gegenüber Experten trugen zur Politisierung des Themas bei (so wurde etwa der Gebrauch oder Nichtgebrauch von Gesichtsmasken zum politischen Symbol), was durch den bevorstehenden Präsidentschafts-Wahlkampf noch verstärkt wurde. Die Eindämmung der Pandemie schlug weitgehend fehl, das Land hat mit 190.000 die mit Abstand höchsten Zahl an Covid-19-Toten zu beklagen.

nicht mehr verfügbar war (Goodman/Schulkin 2020).

Bundesrepublik Deutschland: offenes System, viele Akteurinnen, »Beratungsmarkt« mit Technokratieverdacht

Die Struktur des Beratungssystems in der Bundesrepublik ist durch ein vergleichsweise hohes Maß an Offenheit gekennzeichnet. So gibt es keine formellen »Chefberaterinnen«, sondern eine Reihe von Institutionen (auf Bundes- wie auf Landesebene) und Individuen mit hoher wissenschaftlicher Reputation, die um Rat gebeten werden beziehungsweise diesen von sich aus anbieten. Eine herausgehobene Rolle spielt dabei das *Robert-Koch-Institut* (RKI), eine dem Bundesministerium der Gesundheit nachgeordnete Bundesoberbehörde, die als zentrale Einrichtung der Bundesregierung auf dem Gebiet der Krankheitsüberwachung und -prävention fungiert und zudem aktiv Forschung betreibt. Daneben sind die *Leopoldina* (seit 2008 Nationale Akademie der Wissenschaften), die *Max-Planck-Gesellschaft*, die *Fraunhofer-Gesellschaft* und die *Helmholtz-Gesellschaft* zu nennen, die ihrerseits enge Verbindungen in viele führende Universitäten haben.

Vor allem die *Leopoldina* trat relativ früh in der Pandemie durch Eigeninitiative in Form von mehrfachen »Ad-hoc-Stellungnahmen« hervor, in denen unterschiedlich zusammengesetzte Arbeitsgruppen der Mitglieder Analysen und Handlungsvorschläge für die Pandemiesituation anboten.⁶ Ein seit 2005 existierender und zuletzt 2017 aktualisierter »Nationaler Pandemieplan« stellte den Rahmen bereit, innerhalb dessen Ziele, Zuständigkeiten und Maßnahmen definiert waren. So musste etwa die Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Landesbehörden nicht erst ausgehandelt werden, vielmehr kooperierten beide in enger Abstimmung und mit gemeinsamen Steuerungsgremien.⁷

Mit der dritten »Ad-hoc-Stellungnahme« der *Leopoldina* am 13. April wurde der Blick über die medizinischen Herausforderungen hinaus geweitet und unter Einbeziehung von Ökonominnen, Historikerinnen, Rechtsphilosophinnen und Soziologinnen Überlegungen zur »nachhaltigen Überwin-

6 Der Herkunft der *Leopoldina* als »Akademie der Naturforscher« entsprechend waren diese Arbeitsgruppen überwiegend von Medizinerinnen und Naturwissenschaftlerinnen dominiert; das mag erklären, warum Überlegungen über die gesellschaftlichen, sozialen und internationalen Folgen sowohl der Pandemie wie auch der Gegenmaßnahmen zunächst nicht thematisiert wurden.

7 Siehe die Darstellung über »Regierungshandeln in Zeiten von Covid-19« der Bundesregierung (2020) sowie die Darstellung in Behnke (2020).

dung« der Krise angestellt (Leopoldina 2020). Zwei Wochen später legten die Präsidenten der vier großen Forschungsgemeinschaften (Leibniz, Max-Planck, Fraunhofer und Helmholtz) eine gemeinsame Stellungnahme mit Eindämmungsstrategien für die Pandemie auf Basis mathematischer Analysen vor (Kleiner et al. 2020).

Die tägliche Unterrichtung der Öffentlichkeit geschah durch das RKI, ergänzt durch punktuelle Ansprachen von Bundeskanzlerin, Bundespräsident und Bundestagspräsident. Eine Politisierung wurde damit weitgehend vermieden – ohnehin gab es einen breiten Konsens der im Bundestag vertretenen Parteien im Hinblick auf die Maßnahmen. Die hohe Rezeptionsbereitschaft der politischen Führung gegenüber wissenschaftlichen Ratschlägen traf allerdings auch auf den Vorwurf mangelnder politischer Diskussion; zudem wurde geringe politische Transparenz bemängelt – ein Antrag von Bündnis '90 / Die Grünen auf Einrichtung eines unabhängigen Pandemie-rats (Deutscher Bundestag 2020) ist wohl als Kritik am informellen Beratungssystem zu verstehen.

Sowohl die erste wie auch die sich im Herbst 2020 abzeichnende zweite Infektionswelle der Pandemie wurde in der Bundesrepublik mit 9400 Covid-19-Toten vergleichsweise gut bewältigt.

Pandemiebewältigung und politische Kompetenz

Analysen über die Politik der Pandemiebewältigung stehen gegenwärtig unter dem Vorbehalt der Vorläufigkeit. Das gilt auch für die hier vorgelegten Überlegungen. Mit der Betrachtung der Nutzung von Wissen für diesen politischen Prozess wurde (in durch das Format vorgegeben sehr knapper Form) untersucht, inwieweit in drei in vieler Hinsicht sehr ähnlichen Ländern politische Führungen *input*-Ressourcen nutzten, um *policy output* günstig zu gestalten. Dabei wurden erhebliche Unterschiede deutlich, die zum Teil in den Angebotsstrukturen des Wissens (relative Offenheit versus relative Geschlossenheit) verwurzelt sind, in erheblicherem Maß jedoch auf den Willen zur Nutzung dieses Wissens zurückzuführen sind. Damit bestätigt sich eine Aussage aus dem *Global Health Security Index* (Center for Health Security/The Economist Intelligence Unit 2019: 6): »Knowing the risks, however, is not enough. Political will is needed to protect people from the consequences of epidemics, to take action to save lives, and to build a safer and more secure world.«

h

Die Nutzung von Wissen ist natürlich nur eine unter den vielen Variablen, die die *outcomes* der Pandemiebewältigung bestimmen. Andere (wie institutionelle Umsetzungsfähigkeiten, Ausmaß der Betroffenheit, Gefolgschaft der Bevölkerung für getroffene Maßnahmen etc.) kommen hinzu. Allerdings kommt dem Wissen eine zentrale Rolle zu, denn es mag zwar schwierig sein, richtige Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen, aber es ist schwer vorstellbar, dass ohne richtige Erkenntnisse geeignete Maßnahmen getroffen werden.

Mit Blick auf die Zukunft und auf kommende Wahlen – wie beispielsweise die Bundestagswahl 2021 – sollten politische Führungen nicht zuletzt aus elektoralem Eigeninteresse danach streben, die richtigen Maßnahmen zu treffen – darauf deuten sowohl die generellen politikwissenschaftlichen Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen Kompetenzeinschätzung und Wahlchancen bei Parteien hin (Green/Jennings 2017: 42f.) wie auch die konkreten Ergebnisse aktueller Umfragen, die im Ländervergleich erhebliche Unterschiede bei der Einschätzung des Erfolgs der Pandemiebekämpfung zeigen (Pew Research Center 2020): Während in Deutschland 88 Prozent zu einer positiven Einschätzung kommen, liegen die Raten in Großbritannien (46 Prozent) und den USA (47 Prozent) deutlich niedriger.⁸ Diese Werte könnten wegweisend dafür sein, wie Wählerinnen und Wähler die Fähigkeit der Regierungsparteien, mit Krisen umzugehen, einschätzen werden. Somit könnte die Pandemiebewältigung eine wichtige Rolle dafür spielen, ob diese Parteien ihre Stimme (erneut) erhalten werden, und Wahlen entscheiden.

und Wähler

Literatur

- Behnke, Nathalie (2020), Föderalismus in der (Corona)-Krise? Föderale Funktionen, Kompetenzen und Entscheidungsprozesse, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 10, H. 35–37/2020, S. 9–15.
- Busch, Andreas (2011), Politikwissenschaft und politische Praxis: Konturen eines schwierigen Verhältnisses, in: Margret Kraul und Peter Tobias Stoll (Hg.), *Wissenschaftliche Politikberatung*, S. 69–92, Wallstein: Wallstein-Verlag.
- Busch, Andreas (2020), Wie, wann und weshalb Regierungen auf die Corona-Pandemie reagieren, in: *Ringvorlesung »Ein Virus verändert die Welt«*, Universität Göttingen, Sommersemester 2020, <https://youtu.be/IJ9KikAtzT4> [letzter Zugriff am 13.10.2020].

⁸ Der Median für 14 OECD-Länder liegt bei 73 Prozent.

- Center for Health Security, Johns Hopkins Bloomberg School of Public Health and The Economist Intelligence Unit (2019), Global Health Security Index: Building Collective Action and Accountability, <https://www.ghsindex.org/wp-content/uploads/2019/10/2019-Global-Health-Security-Index.pdf> [letzter Zugriff am 13.10.2020].
- Davis, Nicola (2020), Rival Sage group says Covid-19 policy must be clarified, in: The Guardian (online), 04.05.2020, <https://www.theguardian.com/world/2020/may/04/rival-sage-group-covid-19-policy-clarified-david-king> [letzter Zugriff am 20.10.2020].
- Deutscher Bundestag (2020), Antrag: Pandemierat jetzt gründen – Mit breiterer wissenschaftlicher Perspektive besser durch die Corona-Krise, Drucksache 19/20565, 30.06.2020, <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/205/1920565.pdf> [letzter Zugriff am 13.10.2020].
- Die Bundesregierung (2020), Regierungshandeln in Zeiten von Covid19, 09.04.2020, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/regierungshandeln-covid19-1740548> [letzter Zugriff am 13.10.2020].
- Goodman, Ryan und Danielle Schukin (2020), Timeline of the Coronavirus Pandemic and U.S. Response, in: *Just Security (online)*, 13.04.2020, <https://www.justsecurity.org/69650/timeline-of-the-coronavirus-pandemic-and-u-s-response/> [letzter Zugriff am 20.10.2020].
- Falk, Svenja, Manuela Glaab, Andrea Römmele u. a. (Hg.) (2019), *Handbuch Politikberatung*, Wiesbaden: Springer VS.
- Government Office for Science (2020), Guidance for government Chief Scientific Advisers and their Officials, https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/856166/chief-scientific-advisers-and-their-officials-an-introduction.pdf [letzter Zugriff am 20.10.2020].
- Green, Jane und Will Jennings (2017), *The Politics of Competence*, Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Kleiner, Matthias, Reimund Neugebauer, Martin Stratmann und Otmar D. Wiestler (2020), Strategien zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie: Eine Stellungnahme der Präsidenten der außeruniversitären Forschungsorganisationen auf Basis von mathematischen Analysen der Datenlage, 28.04.2020, https://www.mpg.de/14760439/28-04-2020_Stellungnahme_Teil_01.pdf [letzter Zugriff am 20.10.2020].
- Konyndyk, Jeremy (2019), *Struggling with Scale: Ebola's Lessons for the Next Pandemic*, Washington D.C.: Center for Global Development.
- Kuchler, Hannah (2020), Anthony Fauci: ›We are living in the perfect storm‹, in: *Financial Times*, 10.07.2020, <https://www.ft.com/content/57834c2c-a078-4736-9173-8fb32cfbbf4e> [letzter Zugriff am 20.10.2020].
- Leopoldina (Nationale Akademie der Wissenschaften) (2020), Dritte Ad-hoc-Stellungnahme: Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden, 13.04.2020, https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020_04_13_Coronavi-

- rus-Pandemie-Die_Krise_nachhaltig_überwinden_final.pdf [letzter Zugriff am 20.10.2020].
- McNeil, Donald G. (2019), Scientists Were Hunting for the Next Ebola. Now the U.S. Has Cut Off Their Funding, in: The New York Times (online), 25.10.2019, <https://www.nytimes.com/2019/10/25/health/predict-usaid-viruses.html> [letzter Zugriff am 20.10.2020].
- Pew Research Center, Kat Devlin und Aidan Connaughton (2020), Most Approve of National Response to COVID-19 in 14 Advanced Economies. But many also say their country is more divided due to the outbreak, 27.08.2020, https://www.pewresearch.org/global/wp-content/uploads/sites/2/2020/08/PG_2020.08.27_Global-Coronavirus_FINAL.pdf [letzter Zugriff am 13.10.2020].
- Sanger, David E., Eric Lipton, Eileen Sullivan und Michael Crowley (2020), Before Virus Outbreak, a Cascade of Warnings Went Unheeded, in: The New York Times (online), 19.03.2020, <https://www.nytimes.com/2020/03/19/us/politics/trump-coronavirus-outbreak.html> [letzter Zugriff am 13.10.2020].
- Weingart, Peter (2019), Wissensgesellschaft und wissenschaftliche Politikberatung, in: Svenja Falk, Manuela Glaab, Andrea Römmele, Hendrik Schober u. a. (Hg.), *Handbuch Politikberatung*, S. 67–87, Wiesbaden: Springer VS.

Autorinnen und Autoren

Marcus Böick, Dr. phil., ist Akademischer Rat a. Z. an der Professur für Zeitgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum.

Isabelle Borucki, Dr. rer. pol., ist Akademische Rätin a.Z. und Leiterin einer Nachwuchsforschergruppe an der NRW School of Governance an der Universität Duisburg-Essen.

Sebastian Bukow, Dr. rer. pol., leitet die Abteilung Inland der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin.

Andreas Busch, Dr. ~~rer. pol.~~, ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und Politische Ökonomie an der Georg-August-Universität Göttingen.

phil.

Peter Dausend ist politischer Korrespondent und Kolumnist der Wochenzeitschrift *Die Zeit* in Berlin.

Martin Florack, Dr. phil., ist Projektleiter beim Landtag Rheinland-Pfalz in Mainz.

Frank Gadinger, Dr. phil., ist Forschungsgruppenleiter am Käte Hamburger Kolleg / Centre for Global Cooperation Research in Duisburg.

Helene Gerhards ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialforschung und Technikfolgenabschätzung an der OTH Regensburg und Gastwissenschaftlerin am Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin am Universitätsklinikum Düsseldorf.

Timo Grunden, Dr. rer. pol., ist Grundsatzreferent der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Karina Hauke-Hohl, Dr. rer. pol., ist Mitarbeiterin im Referat für Grundsatzfragen der politischen Bildung bei der Landeszentrale für politische Bildung NRW.

Simon Hegelich, Dr. phil., ist Professor für Political Data Science an der TUM School of Governance an der Technischen Universität München.

Rolf G. Heinze, Dr. phil., ist Professor für Allgemeine Soziologie, Arbeit und Wirtschaft an der Ruhr-Universität Bochum.

Markus Höreth, Dr. phil., ist Professor für Innenpolitik und Vergleichende Regierungslehre an der Technischen Universität Kaiserslautern.

Julia Jennewein ist Leiterin des Büros des Präsidenten am Landtag Rheinland-Pfalz.

Peter Graf von Kielmansegg, Dr. phil., ist emeritierter Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Mannheim.

Karl-Rudolf Korte, Dr. phil., ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt »Politisches System der Bundesrepublik Deutschland und moderne